

Begrüssung Philipp Rickenbacher, Präsident VAV

Private Banking Day, 22. Juni 2023, Basel

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren

Bevor ich näher auf das Thema des Tages eingehe, möchte ich auf ein Ereignis zu sprechen kommen, das hierzulande aber auch im Ausland hohe Wellen geschlagen hat: die Übernahme der Credit Suisse durch die UBS. Konfrontiert mit den schwerwiegenden Risiken eines drohenden Ausfalls einer global systemrelevanten Bank haben die Schweizer Behörden richtigerweise schnell und entschlossen gehandelt. Dafür gebührt ihnen grosser Dank. Denjenigen, die darin Schwächen erkennen und den Schweizer Finanzplatz schlechtreden wollen, sei gesagt, dass es die «kleine» Schweiz aus eigener Kraft geschafft hat, die Ausweitung zu einer internationalen Finanzkrise à la Lehman Brothers zu verhindern, die weltweit enorme Folgen für die Weltwirtschaft und die übrigen Staaten gehabt hätte. Die rasche und eigenständige Lösung belegt, dass unser Land weiterhin grundsolide dasteht. Dies wird auch von ausländischen Regierungen anerkannt. Es ist jedoch wichtig, dass wir dies auch der breiteren Allgemeinheit im Ausland noch stärker unmissverständlich und selbstbewusst kommunizieren.

Die Vorgänge rund um diese Rettung haben auch hierzulande – verständlicherweise – für Aufregung gesorgt. Doch der Sachverhalt ist komplex, und jetzt braucht es keine politischen Schnellschüsse, sondern eine schonungslose, ergebnisoffene Aufarbeitung der Ereignisse unter Einbezug aller relevanten Akteure. Diese soll zeigen, weshalb das bestehende Too-big-to-fail-Instrumentarium nicht zur Anwendung kam und was nötig ist, um solche Krisen zu verhindern. Auch die neue Wettbewerbssituation, insbesondere im nationalen B2B-Bankenbereich, muss sorgfältig analysiert werden. Für die Privatbanken ist auch klar, dass sich allfällige neue Regulierungen auf systemrelevante – und damit in letzter Instanz vom Staat getragene – Banken konzentrieren müssen. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch daran erinnern, dass von den 240 Banken in der Schweiz nur eine einzige – wenn auch eine sehr grosse – Bank in Schwierigkeiten geraten ist. Von einem Branchenversagen kann daher keine Rede sein.

Ich komme nun zum eigentlichen Thema des Tages: die Neutralität der Schweiz. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ist der traurige Grund dafür. Frieden und völkerrechtlich geregelte internationale Beziehungen sind das Fundament, damit der wirtschaftliche Freihandel seinen Nutzen für den internationalen Wohlstand entfalten kann. Die Schweiz ist ein sehr stark exportorientiertes Land mit beträchtlichen Direktinvestitionen und wirtschaftlichen Verflechtungen auf der ganzen Welt. Es erstaunt nicht, dass sich unser Land traditionell besonders stark für offene Märkte und Freihandel einsetzt. In den letzten Jahren ist die liberale Weltordnung, die der Schweiz viel Wohlstand und Sicherheit gebracht hat, mehr und mehr unter Druck geraten. Russlands zerstörerischer Krieg gegen die Ukraine beschleunigt diese Entwicklung. Getrieben von der Rivalität der Grossmächte USA und China nehmen die geopolitischen Spannungen weltweit zu. Die Welt ist multipolarer geworden, was sich auch daran zeigt, dass im aktuellen Konflikt Russland auf globaler Ebene weniger isoliert ist als im europäischen und westlichen Raum.

Parallel zu dieser neuen geopolitischen Realität ist auch ein handelspolitischer Trend weg von der Globalisierung hin zu mehr Protektionismus zu beobachten. Aufgrund der engen globalen Verflechtungen der Lieferketten haben insbesondere die USA und China ein grundsätzliches Interesse am Fortbestehen intakter Handelsbeziehungen. Dennoch besteht die Gefahr, dass aus vorwiegend protektionistischen Motiven der Wettbewerb in Handelskriegen ausartet. Drittländer – darunter auch die Schweiz – riskieren dabei, ungerechtfertigt in Mitleidenschaft gezogen zu werden, indem sie zunehmend gedrängt werden, sich politisch und wirtschaftlich zu einer Seite zu bekennen.

Insbesondere für die Schweiz, deren Neutralität sich über Jahrhunderte bewährt hat und Teil ihrer DNA ist, ist dies eine beträchtliche Herausforderung. Nur wenn im Ausland die Schweizer Neutralität wahrgenommen und verstanden wird, hat diese noch ihre Berechtigung. Dabei scheint gerade im Westen das Verständnis für die Schweizer Neutralität abzunehmen. Die stabilisierende Wirkung für die Sicherheit in Europa, die eine neutrale Schweiz haben kann, wird ihr kaum mehr zugebilligt, und es ist eine Erwartungshaltung gegenüber der Schweiz spürbar, die europäische Sicherheit und Wertegemeinschaft mitzutragen. Demgegenüber ist in Asien, im Nahen und Mittleren Osten sowie in Afrika und Lateinamerika die Kenntnis über die Schweizer Neutralität zwar nicht sehr fundiert und differenziert, sie wird aber gemäss dem Neutralitätsbericht des Bundesrates vom Oktober 2022 dort überwiegend als positiv wahrgenommen und geschätzt.

Ich stelle ohne Wertung fest, dass – weil eine militärische Konfrontation keine Option ist – die vom Westen gegen Russland verhängten Sanktionen präzedenzlos sind. Dies nicht nur hinsichtlich der Anzahl der betroffenen Anwendungsbereiche und der neuen qualitativen Dimension der Massnahmen, sondern vor allem auch in Bezug auf die Tatsache, dass sich die ergriffenen Sanktionen erstmals gegen eine grosse Weltmacht richten. Aus Finanzplatzoptik ist es – über die übliche Blockierung der Vermögenswerte von gezielten Personen und Organisationen hinaus – bemerkenswert, dass zahlreiche russische Banken vom Interbankensystem SWIFT abgekoppelt wurden und ein massgeblicher Teil der geldpolitisch bedingten russischen Devisenreserven eingefroren wurde. Dies verdeutlicht die klare Absicht des Westens, alle Hebel des internationalen Banken- und Finanzsystems zu nutzen, um die russische Wirtschaft möglichst spürbar zu schwächen. Damit wird das Finanzsystem – was man auch als «Weaponization of Finance» bezeichnet – zu einem zentralen Instrument für die Durchsetzung von sicherheits-, handels- und aussenpolitischen Absichten. Die Tragweite solcher finanziellen Sanktionen gründet auf der Dominanzrolle des US-Dollar für das globale Finanzsystem. Dadurch kann sich kein Land, das ein Interesse an der Teilnahme am globalen Handel hat, dieser Entwicklung entziehen.

Die Abhängigkeit vom US-Dollar-System sowie die grundsätzliche Aufrüstung des EU-Sanktionsarsenals verstärken in anderen Weltregionen die Befürchtung, dass jedes – aus welchen Gründen auch immer – als unfreundlich erachtete Land vom internationalen Finanzsystem einfach ausgeschlossen werden könnte. Dies wiederum fördert die Suche nach alternativen Lösungen bei der Haltung von internationalen Reservewährungen und im internationalen Zahlungsverkehr. Der durch jede neue Eskalationsstufe in der geopolitischen Konfrontation befeuerte Prozess könnte langfristig zu einer Erosion der Dominanz des US-Dollar als internationale Währung führen und damit eine unerwünschte Fragmentierung des globalen Finanzsystems und der damit einhergehenden Weltwirtschaftsordnung bewirken.

Ich möchte unmissverständlich festhalten, dass sich die Schweizer Banken strikt an die für ihr Geschäft geltenden Sanktionsmassnahmen halten. Dies zeigt sich auch daran, dass die Summe der blockierten finanziellen Vermögenswerte in der Schweiz von sanktionierten russischen

Staatsangehörigen etwas mehr als ein Drittel der Summe aller blockierten Vermögenswerte in allen 27 EU-Mitgliedstaaten ausmacht. Bei der Umsetzung von externen Sanktionen stösst man allerdings auch auf Herausforderungen.

Auf der operativen Ebene führen Differenzen und Widersprüche zwischen Sanktionsregelungen der gleichgesinnten Jurisdiktionen USA, EU und UK immer wieder zu grossen Umsetzungsschwierigkeiten und unnötigen Compliance-Risiken – sowohl für international agierende Finanzinstitute als auch für die mit der Durchsetzung von Sanktionen betrauten Behörden. Solche Unstimmigkeiten werden in Bezug auf Listen von sanktionierten Personen, geografische Anwendbarkeit, Umfang der Ausnahmen und Zeitpunkt des Inkrafttretens identifiziert. Die unsinnige Einlagererestriktion von 100'00 Euro seitens der EU und ihre drohende extraterritoriale Rückwirkung auf Drittstaaten via Euroclear sei hier besonders erwähnt.

Auch auf staatspolitischer Ebene gibt es Aspekte, die für einen Staat, der sich als Rechtsstaat betrachtet, massgebend sind: Neue Sanktionen müssen im Rahmen der geltenden Rechtsordnung eingeführt und umgesetzt werden und elementare verfassungsmässige Grundrechte respektieren, dazu gehört auch die Eigentumsgarantie. Demgegenüber wird international geprüft, ob gesperrte Vermögenswerte konfisziert und deren Erlöse für andere Zwecke verwendet werden können. In dieser Frage hat sich der Bundesrat erfreulicherweise klar positioniert und festgehalten, dass die entschädigungslose Enteignung von Privateigentum ohne kriminellen Hintergrund und ohne fairen Prozess nicht infrage kommt.

Zusammenfassend, und damit komme ich zum Schluss, sehe ich folgenden Handlungsbedarf: Erstens soll sich die Schweiz international aktiv dafür einsetzen, dass internationale Sanktionsmassnahmen, die die Finanzbranche betreffen, zumindest unter gleichgesinnten Staaten koordiniert und harmonisiert werden. Dabei ist darauf zu achten, dass auch wichtige Finanzplätze ausserhalb des Westens einbezogen werden, um das Level Playing Field sicherzustellen. Ansonsten drohen Massnahmen – aufgrund der hohen Kapitalmobilität – global nicht effektiv zu sein.

Zweitens soll die Schweiz ihre eigene Finanzkompetenz in Zusammenarbeit mit der Bankenbranche ausbauen und sich vor dem Erlass von internationalen Sanktionen auch aus Praktikabilitätsgründen einbringen. Zudem soll sie sich dafür stark machen, dass Sanktionsmassnahmen angepasst werden, die sich als ineffektiv herausgestellt haben. Dies sollte in Form einer Art «Escape-Klausel» erfolgen.

Und als letzter Punkt müssen zwingend die elementaren rechtsstaatlichen Prinzipien, auf denen der schweizerische Staat aufbaut, als Richtschnur für das aktive und konstruktive Einbringen der Schweiz in der internationalen Sanktionspolitik dienen. Als kleines, neutrales Land mit einer jahrhundertelangen direktdemokratischen Tradition, einer liberalen Aussenwirtschaftspolitik und einer breit anerkannten aussenpolitischen Kompetenz der «Guten Dienste» bringt die Schweiz die nötige internationale Glaubwürdigkeit mit, um als «honest broker» die Stimme der Rechtsstaatlichkeit und des Völkerrechts – frei von macht- und handelspolitischen Partikularinteressen – aktiv gegenüber ihren internationalen Partnern einzubringen.

Ich bin überzeugt, dass unser sehr breit diversifizierter Finanzplatz mit seinen verschiedenen Akteuren die aktuellen Herausforderungen so wie frühere anspruchsvolle Situationen meistern und sich den Gegebenheiten anpassen wird – und dass ganz besonders unser Vermögensverwaltungsgeschäft noch sehr lange eine tragende Säule des Erfolgs der Schweiz in einer zunehmend komplexen und multipolaren Welt sein wird.